

# Der Brunnerbrief

No. 16/2016 – 21.10.2016



*Foto der Woche: Danke für den großen Vertrauensbeweis mich noch einmal antreten zu lassen. Gemeinsam mit dem BWK-Vorstand freue ich mich nun auf einen engagierten Wahlkampf.*

## Nicht jedes Bio ist gut.

Am Donnerstag sprach ich im Rahmen des Unterausschusses Abrüstung über den Schutz vor biologischen Waffen im Plenum. Wer glaubt, dass diese Gefahr gebannt ist, täuscht sich. ([Rede hier](#))

Nach den verheerenden Erfahrungen des 1. Weltkrieges war man sich schon 1925 einig, dass biologische Waffen aus den Arsenalen des Militärs verschwinden müssen. 1975 wurde dann endlich das Biowaffenübereinkommen auf den Weg gebracht, dass verhindern sollte, dass Länder an biochemischen Waffen forschen oder diese in ihre Bestände aufnehmen. Des Weiteren wurden die Unterzeichnerstaaten angehal-

ten ihre vorhandenen Bestände zu vernichten. 1983 trat auch die Bundesrepublik diesem Abkommen bei.

Durch diesen multilateralen Vertrag rückte eine konkrete Bedrohung in den Hintergrund, doch gerade in Zeiten des internationalen Terrorismus ist eine solche Bedrohung durchaus wieder real. Daher bemühen wir uns, die Unterzeichner stärker an ihre Pflicht zur Vernichtung dieser Waffen zu erinnern, ihre bestehenden Bestände besser zu kontrollieren und zu schützen. Wir fordern auch eine strengere Kontrolle der Vertragstreue und gegebenenfalls politische Sanktionen im Falle eines Verstoßes, damit das Abkommen kein zahnloser Tiger wird und wir uns effektiv schützen können.



[www.facebook.com/Brunner.SPD](http://www.facebook.com/Brunner.SPD)

Um diesen Schutz zu gewährleisten wollen wir die Gemeinschaft der Unterzeichner ausdehnen. Denn gerade in den Krisenherden dieser Welt (Afrika und Naher Osten) gibt es noch immer etliche Staaten, die sich einer Ächtung von Biowaffen verweigern.

## Stadt oder Land?

„Stadt Luft macht frei“ das war schon immer so und das ist auch heute noch so. Gerade junge Leute zieht es in die Großstädte, sei es des Studiums wegen oder der Aussicht auf einen besseren Arbeitsplatz, von den vielen freizeitangeboten ganz zu schweigen. Doch nicht nur junge Menschen erliegen dem Sog unserer Metropolen, auch die Investitionen zieht es eher in Ballungsgebiete. Zurück bleiben Regionen, die weder mit dem öffentlichen Personen Nahverkehr zu erreichen sind, noch eine ausreichende Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten und einer ärztlichen Versorgung gewährleisten können.

Diese Disparität zwischen einzelnen Regionen muss abgemildert werden.

Als erstes steht die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Agenda, damit auch Menschen ohne Auto wieder mobil sind. Deshalb wollen wir den regionalen Schienenverkehr stärken und erhöhen die 8 Milliarden Euro noch in diesem Jahr auf 8,2 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2031 soll der Bundeszuschuss jährlich um 1,8 % steigen. Damit wollen wir den Ländern die Möglichkeit bieten ihre Schienennetze besser aufzustellen und zukunftsfest zu machen.

Aber auch an den Themen der ärztlichen und schulischen Versorgung müssen und werden wir weiter Arbeiten.

## Mehr Gerechtigkeit

Leiharbeit und Werkverträge waren und sind eine Lösung, um wirtschaftliche Schwankungen in einem Unternehmen auszugleichen. Problematisch wird es wenn diese Möglichkeiten zu Dauerlösungen oder die rechtlichen Bedingungen bis zum äußersten strapaziert werden. Deshalb beschließen wir diese Woche ein Gesetz, das diesen Missbrauch beendet.

Wir haben uns dafür stark gemacht, dass Leiharbeiter die gleiche Bezahlung erhalten wie die Stammebelegschaft. Des Weiteren war es uns wichtig, dass aus Leiharbeit kein Dauerzustand wird, da Leiharbeiter meist schlechter gestellt sind, vor allem was ihre Altersvorsorge angeht. Deshalb soll Leiharbeit auf 18 Monate beschränkt werden. Außerdem war es uns wichtig, dass Leiharbeiter nicht weiter als Streikbrecher eingesetzt werden können, denn vielmehr wollen wir, dass die Unternehmen ihre langjährigen Leiharbeiter übernehmen.

Bei den Werksverträgen sieht es ähnlich aus. Sie werden oft in Leiharbeit umgewandelt, umso den rechtlichen Rahmenbedingungen zu entgehen. Wir wollen mit diesem Gesetz den Arbeitnehmern wie auch den ehrlichen Arbeitgebern mehr Rechtssicherheit schaffen.

---

## Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter [karl-heinz.brunner@bundestag.de](mailto:karl-heinz.brunner@bundestag.de) oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1



[www.facebook.com/Brunner.SPD](https://www.facebook.com/Brunner.SPD)

